

Die Schweiz im Kalten Krieg (1945-1989)

Innenpolitisch etablierte sich in der Nachkriegszeit eine Konkordanzregierung unter Einschluss der Sozialdemokraten. Die vier grössten Parteien teilten die sieben Regierungssitze ab 1959 nach einem festen Schlüssel („Zauberformel“) dauerhaft unter sich auf.

Die Schweiz erlebte in der Nachkriegszeit eine wirtschaftliche Hochkonjunktur. Ihre Stärke lag herkömmlich im industriellen Bereich, doch verwandelte sie sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts in eine Volkswirtschaft, in welcher der Dienstleistungssektor drei Viertel der Werk tätigen beschäftigte. Im Laufe dieses Prozesses erhöhte sich der Lebensstandard beträchtlich. Die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit wurden immer besser und das Warenangebot immer reichhaltiger.

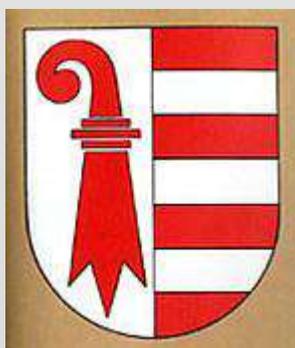
Als kleine offene Volkswirtschaft war und ist die Schweiz auf den Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen. Gleichzeitig praktizierte sie während des Kalten Krieges eine strikte Neutralität zwischen den Blöcken, obwohl sie sich wirtschaftlich, politisch und kulturell dem Westen zugehörig fühlte.

Veränderungen der Parteienlandschaft

1943 wurde mit Ernst Nobs der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Ab 1959 wurden die Sitze im Bundesrat gemäss der "Zauberformel" verteilt: je zwei Vertreter der Sozialdemokratischen Partei (SP), der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei, heute Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), sowie ein Sitz für die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), heute Schweizerische Volkspartei (SVP). Diese Zusammensetzung blieb bis 2003 unverändert.

Von kleineren internen Verschiebungen abgesehen hatte diese „Konkordanzregierung“ damit dauerhaft den Rückhalt von rund 80 Prozent der Parlamentsmitglieder. Extremistische Parteien konnten höchstens über direktdemokratische Vorstösse Einfluss ausüben: zur Rechten die Überfremdungsparteien, zur Linken die kommunistische Partei der Arbeit. Als Protestbewegung und mit zeitweise 9 Prozent Wähleranteil grösste Oppositionspartei konnte sich lange der Landesring der Unabhängigen behaupten, mit dem der Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler Konsumenteninteressen vertrat. Im Zug der Umweltbewegung (Kaiseraugst, Waldsterben, Schweizerhalle) etablierten sich ab den 1980er-Jahren die Grünen als grösste Partei, die nicht der Landesregierung angehört.

Die Jura-Frage



Wappen des Kantons Jura

Die Schweiz erhielt 1979 bei unveränderten Landesgrenzen einen neuen Kanton – den Kanton Jura. Seine Gründung war das Ergebnis eines 30-jährigen Kampfs von Separatisten im französischsprachigen, nordwestlichen Teil des Kantons Bern. Die Bevölkerung in diesem Teil des ehemaligen Fürstbistums Basel ist – im Gegensatz zum reformierten Grossteil der deutschsprachigen Bevölkerung des Kantons Bern – katholisch und fühlte sich sowohl auf sprachlicher als auch auf religiöser Ebene benachteiligt.

Dagegen sind die südlichen Bezirke des Berner Jura zwar auch französischsprachig, aber reformiert. Sie zogen es mehrheitlich vor, bei Bern zu verbleiben. So mussten die Separatisten widerwillig in die Trennung von Süd- und Nordjura einwilligen, damit die nördlichen drei Bezirke nach einer Reihe von Volksabstimmungen in Gemeinden, Bezirken, im Kanton Bern und in der Eidgenossenschaft (1978) den neuen Kanton Jura bilden konnten.

Bevölkerung, Gesundheits- und Sozialwesen

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts nahm die Bevölkerungszahl stetig zu, und zwar von 3 315 443 im Jahr 1900 auf 7 261 210 im Jahr 2000.

Einer der Gründe für diese Verdoppelung war neben der Einwanderung und dem phasenweise hohen Geburtenüberschuss die bessere medizinische Versorgung. Während 1900 noch eines von acht Kindern das Erwachsenenalter nicht erreichte, waren es 100 Jahre später nur noch 4,5 von 1000 Kindern. Dazu beigetragen hat auch, dass Krankheiten wie die Tuberkulose im Verlauf des Jahrhunderts praktisch verschwanden.

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts nahm die Geburtenrate deutlich ab. Wegen der steigenden Lebenserwartung und der Einwanderung ging die Bevölkerungszahl jedoch nicht zurück.

Nach 1945 wurde auch die soziale Sicherheit verbessert. Sozialwerke wurden eingeführt und ausgebaut, namentlich die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV), die Arbeitslosenversicherung, die berufliche Vorsorge, der Schutz vor Folgen von Krankheiten oder Unfällen, der Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft sowie die Familienzulagen.

Gleichstellung von Frau und Mann

Die Situation der Frauen änderte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts in Richtung auf eine rechtliche Gleichstellung, auch wenn die Entwicklung in der Schweiz in dieser Hinsicht derjenigen in anderen westlichen Ländern hinterherhinkte. Die Frauen erhielten das Stimm- und Wahlrecht auf nationaler Ebene von den Männern erst 1971 zugestanden – so spät wie in keinem anderen europäischen Land ausser Liechtenstein. Das lag auch daran, dass in den anderen Ländern die Einführung des Frauenstimmrechts vom Parlament beschlossen wurde, nicht von den Stimmbürgern an der Urne wie in der Schweiz. Deshalb dauerte die Gleichstellung auf kantonaler Ebene zum Teil sogar bis 1990.

Ein neues Ehegesetz wurde 1985 in einer Volksabstimmung knapp angenommen und gewährte den Müttern die elterliche Gewalt; der Mann war nicht mehr alleiniges Familienoberhaupt. Schweizerinnen, die einen Ausländer heirateten, behielten nun ihr Bürgerrecht, während umgekehrt Ausländerinnen durch Heirat nicht mehr automatisch die schweizerische Staatsbürgerschaft erlangten.

Auch eine nationale Mutterschaftsversicherung liess lange auf sich warten, obwohl die meisten arbeitstätigen Mütter in der Praxis während des Mutterschaftsurlaubs einen Teil des Lohns von ihren Arbeitgebern ausbezahlt erhielten. Nachdem verschiedene Vorlagen für eine Mutterschaftsversicherung an der Urne gescheitert waren, erhalten erwerbstätige Mütter in der ganzen Schweiz seit 2005 nach der Geburt ihres Kindes während 14 Wochen 80% ihres letzten Lohns ausbezahlt.

Jugendbewegungen

1968 kam es im Gefolge der internationalen Studentenunruhen (Paris, Berlin) auch in der Schweiz zu Zusammenstössen zwischen Demonstranten und Polizisten, insbesondere beim Zürcher Globus-Krawall. Aus dieser Bewegung gingen die neomarxistischen Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) hervor. Sie erzielten einige Wahlerfolge, taten sich aber vor allem durch ausserparlamentarische Aktionen hervor und wirkten etwa 1975 bei der Besetzung des AKW-Geländes in Kaiseraugst mit.

Im Mai 1980 kam es zuerst in Zürich erneut zu Jugendunruhen („Opernhauskrawall“). Die Protestbewegung kämpfte während fast zweier Jahre, unterstützt von linken Parteien, Intellektuellen und Kunstschaffenden, für selbstbestimmte Freiräume (Autonome Jugendzentren).

Wirtschaft



Faire Preise, faire Löhne - Lithografie von Hans Erni 1949. © J.C.Mueller AG Zürich

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen sowohl die Importe als auch die Exporte rasant zu. Lange war die Industrie der wichtigste Wirtschaftssektor (Maschinen und Metall, Chemie, Nahrungsmittel, Uhren, Textilien) und beschäftigte noch 1970 46 Prozent der Erwerbstätigen. Im Gefolge der Rezession der 1970er-Jahre begann der Dienstleistungssektor das Wirtschaftsleben zu dominieren.

Ab 1950 wanderten viele ausländische Arbeitskräfte – zunächst vor allem aus Italien – in die Schweiz ein. 1970 lebten in der Schweiz über eine Million Ausländerinnen und Ausländer. Das entsprach 17,2% der Wohnbevölkerung und einem Viertel der Erwerbstätigen. In einer Volksabstimmung über die „Überfremdungs-Initiative“ wurde eine drastische Beschränkung dieser Zahl 1970 nur knapp abgelehnt. Während der Rezession in den 1970er-Jahren wurden viele ausländische Arbeitskräfte entlassen und kehrten in ihre Heimatländer zurück.

Aussenpolitik

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Schweizer Aussenpolitik von der Maxime der Neutralität geprägt. Allerdings blieben die Beziehungen zu sozialistischen Staaten auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR (1946) kühl, was in einem parteienübergreifenden antikommunistischen Grundkonsens begründet lag. Gleichwohl blieb das Land der NATO fern, ebenso der UNO, obwohl der europäische Hauptsitz der UNO in Genf liegt. Eine gewisse Öffnung war nur in „unpolitischen“ internationalen Organisationen möglich, darunter viele Unterorganisationen der UNO. Die Schweiz war 1960 auch an der Gründung der EFTA (Europäische Freihandels-Assoziation) beteiligt. Weiter trat die Schweiz 1963 als Vollmitglied dem Europarat bei und wirkte seit 1975 an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).